



# PROTOKOLL

Gemeinde  
Ostermundigen

⇒ noch nicht genehmigt

## GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2023/5

Datum/Zeit	Donnerstag, 26. Oktober 2023, 18:00 - 19:40 Uhr	
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen	
Vorsitz	Hausammann Hans-Rudolf (SVP)	1
Mitglieder	Balmer Kathrin (SP)	
	Buri Peter (SP)	ab 18:30 Uhr
	Dähler Stefanie (SP)	
	Falk Marcel (SP)	
	Kistler Kerstin (SP)	
	Kuert Matthias (SP)	
	Nova Colette (SP)	
	Renner Jörg (SP)	
	Schnider-Müller Simone (SP)	
	Thomann Thulani (parteilos/SP)	10
	Brunner Franziska (SVP)	
	Friedli Hans Peter (SVP)	
	Gränicher Adrian (parteilos/SVP)	
	Steiner Ulrich (SVP)	
	Truog Markus (SVP)	
	Zaugg Gerhard (SVP)	
	Zysset Walter (SVP)	7
	Bähler Pia (glp)	
	Minka II Sandro (glp)	
	Toggwiler Denis (glp)	ab 18:12 Uhr
	Wahli Alexander (glp)	
	Züllig von Allmen Dorothea (glp)	5
	Feller Daniela (FDP)	
	Leiser Christoph (FDP)	
	Minka II Lucien (FDP)	ab 18:10 Uhr
	Rickenbach Rolf (FDP)	4
	Baumgartner Fabian (EVP)	ab 18:10 Uhr
	Baumgartner Gerhard (EVP)	ab 18:10 Uhr
	Zürcher Myriam (EVP)	3
	Löhner Sandra (Die Mitte)	
	Mitter Michael (Die Mitte)	2
	Tanner Adrian (Grüne)	1
	Ananiadis Jorgo (Piraten)	1
	<b>Total anwesend</b>	<b><u>34</u></b>

Mitglieder Gemeinderat

Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Blaser Erich (SVP), Fredrich Bettina (SP), Gasser Melanie (glp), Panayides Aliko (SVP) und Weber Hadorn Maya (SP)

Gemeindeschreiberin	Stuedler Barbara
Protokollführer	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.
Entschuldigt abwesend	Mitglieder GGR: Aeschbacher Sarah (SP), Jordi Yves (Die Mitte), Selmani Emsale (SP), Tamàs Oliver (glp) und Zuber Cyrill (SVP)  Mitglied GR: Grasso Gerardo (FDP)
Unentschuldigt abwesend	Mitglied GGR: Mahler Niels (Grüne)

## TRAKTANDEN

225. Kommission Tiefbau und Betriebe; Ersatzwahl.....	170
226. Finanzkommission; Ersatzwahl.....	171
227. Finanzplan und Investitionsprogramm 2024 bis 2030; Genehmigung .....	172
228. Budget 2024 und Investitionsplanung; Genehmigung .....	175
229. Sanierung Knoten Obere Zollgasse/Waldheimstrasse/Gerbstrasse inkl. Bushaltestelle; Kreditgenehmigung .....	183
230. Überparteiliches Postulat betreffend öffentlicher Zugang zu Defibrillatoren; Erheblicherklärung resp. Ablehnung .....	186
231. Überparteiliches Postulat betreffend "Es lebe die Kultur in Ostermundigen - mit Klängen und Farben; auch nach dem 31. Dezember 2023"; Erheblicher- klärung resp. Ablehnung.....	187
232. Interpellation Gerhard Zaugg (SVP) betreffend wie weiter mit dem Tell?; schriftliche Beantwortung.....	188

233. Interpellation SP/Grüne-Fraktion zum Vorgehen des Gemeinderates bei der  
Neuregelung von amtlichen Publikationen; parlamentarischer Neueingang ..... 189
- a) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates ..... 191

## Mitteilungen des Ratspräsidenten

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Ich begrüsse alle Anwesenden zur 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2023. Ich heisse besonders die Zuschauerinnen und Zuschauer herzlich willkommen. Ich danke für das entgegengebrachte Interesse.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Für heute Abend haben sich seitens Grosser Gemeinderat vorgängig entschuldigt:

→ Aeschbacher Sarah, Jordi Yves, Selmani Emsale, Tamas Oliver und Zuber Cyrill

Seitens Gemeinderat hat sich vorgängig entschuldigt:

→ Grasso Gerardo

① Die Gemeinderätin Aliko Panayides verlässt die GGR-Sitzung bereits um 18:30 Uhr, da sie um 19:00 Uhr in Köniz an der wichtigen Abgeordnetenversammlung des «Gemeindeverbandes Regionales Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz Bern-Mittelland» teilnehmen muss.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Momentan sind **29 Ratsmitglieder** anwesend und der Grosse Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

---

## Persönliche Erklärung

**Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos):** Die umfassende Berichterstattung und die Analyse zur Fusionsabstimmung von letztem Sonntag sind abgeschlossen. Die Plakate wurden bereits grossmehrheitlich demontiert. Der Alltag kehrt wieder ein.

Die letzten Monate waren sehr intensiv. Die "grosse Kiste" musste zuhanden des Souveräns erarbeitet werden. Zusammen mit meinen Gemeinderatsmitgliedern habe ich manchen "Kampf" und viele Diskussionen geführt. Ich möchte allen (inkl. Mitarbeitenden) für die konstruktiven Beiträge danken. Ein spezieller Dank gebührt der Gemeindeschreiberin, Barbara Steudler, für den steten Zusammenhalt der "Fäden" bzw. der Prozessabläufe. Auch der Personalkommission und den externen Projektpartnern gilt ein grosses Dankeschön.

Ich hatte stets das Gefühl, dass hart um die Sache gekämpft worden ist. Am Schluss gab es Siegerinnen und Sieger sowie Verliererinnen und Verlierer. Für mich ganz besonders wichtig ist, dass nach dem Spiel resp. nach dem Entscheid des Souveräns sich die Siegenden und die Verlierenden wieder in die Augen schauen können.

→ Zusammen muss konstruktiv und lösungsorientiert weitergearbeitet werden.

---

## Mitteilungen des Ratspräsidenten (2. Teil)

① Per 1. Oktober 2023 ist Jörg Renner (SP) Neumitglied des Grossen Gemeinderates. Er ersetzt Jorim Braun (SP). Wir heissen Jörg Renner herzlich im Parlament von Ostermundigen willkommen.

- ① Lucien Minka II hat seine Demission als GGR- wie auch als GPK-Mitglied bekannt gegeben. Wir danken Lucien für die geleisteten Arbeiten.
- ① Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR nehmen heute Abend die Herrn Thomas Lauener (Finanzverwalter) zu den Traktanden Nr. 227 und 228 (Finanzplan + Budget) sowie Silvio Gallo (Projektleiter Infrastrukturen) zu Traktandum Nr. 229 an der heutigen Sitzung teil.
- ① Die nächste GGR-Sitzung findet am **7. Dezember 2023** statt. Der Sitzungsbeginn wird auf 17.00 Uhr terminiert, da im Anschluss an die Sitzung das Jahresschlussessen stattfindet.

## Traktandenliste

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Das Traktandum Nr. 233 «Orientierungen des Gemeinderates» entfällt.

Liegen aus dem Plenum Wortmeldungen zur Traktandenliste vor?

1)

## B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste Nr. 5 wird einstimmig genehmigt.

---

1) 18.10 Uhr: Fabian Baumgartner (EVP), Gerhard Baumgartner (EVP) und Lucien Minka II (FDP) treten der Sitzung bei. Somit sind **32 Ratsmitglieder** anwesend.

Axioma 1926  
10.6.02 Kommission Tiefbau + Betriebe

## **225. Kommission Tiefbau und Betriebe; Ersatzwahl**

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Auf Vorschlag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s**

Als Ersatz für den zurückgetretenen Niels Mahler (Grüne) wird Emanuel Indermühle (Grüne) für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. November 2023 bis 31. Dezember 2024 als Mitglied der Kommission Tiefbau und Betriebe gewählt.

Axioma 7042  
10.6.03 Finanzkommission

## **226. Finanzkommission; Ersatzwahl**

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion konnte dem Ratsbüro per dato keine Ersatzkandidatin resp. keinen Ersatzkandidaten melden.

→ Der Sitz in der Finanzkommission bleibt **vakant**.

Axioma 9065  
20.2.00 Allgemeines

## 227. Finanzplan und Investitionsprogramm 2024 bis 2030; Genehmigung

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Zuerst ist die Diskussion über die Botschaft und anschliessend über den Finanzplan zu führen.

**Sandra Löhner (Die Mitte):** Die Mitte-Fraktion wird dem Finanzplan und Investitionsprogramm zustimmen.

Ich beginne mein Votum heute gerne mit einer Definition nach Wikipedia:

*Ein Finanzplan enthält planerische, also die Zukunft betreffende Angaben über die Finanzen. Wie jede Planung ist auch der Finanzplan mit Ungewissheiten verbunden, ob und inwieweit die erwarteten Plangrößen auch eintreffen. Da eine sichere Prognose der Plandaten undenkbar ist, können auch die im Finanzplan niedergelegten Erwartungen niemals völlig gewiss sein. Der Finanzplan kann deshalb kein „Allheilmittel gegen finanzielle Überraschungen sein“.*

Diese Aussage ist uns allen klar - auch der Hinweis auf die Überraschungen, welche teils durch den GGR beeinflusst werden können. Jeder Entscheid unsererseits hat auch immer finanzielle Konsequenzen. Der Finanzplan der Gemeinde Ostermundigen erstreckt sich über sieben Jahre, wodurch die Plangenaugigkeit abnehmen wird. Die Kennzahlen werden uns mit einem Ampelsystem dargestellt und sind bis auf eine Ausnahme «grün». Aber genau diese Ausnahme interessiert uns! Die Beurteilung des Bilanzüberschusses leuchtet rot.

In der Fraktionssitzung von letzter Woche und noch in Unkenntnis des Abstimmungsergebnisses von vergangener Sonntag (keine Fusion) hat uns dieser geplante Bilanzfehlbetrag zwar beschäftigt, aber noch nicht beunruhigt. In den Tagen nach dem negativen Fusionsentscheid ist nun klar geworden, dass wir allein Lösungen für das Problem suchen müssen. Und diese Lösung muss sowohl auf der Einnahmeseite wie auch auf der Ausgabeseite abgebildet werden. Die heute Abend noch vorgesehene Diskussion zum Thema "Steuererhöhung" kann ein Teil des Lösungsweges sein. Auf der Ausgabeseite müssen wir ebenfalls die Schraube anziehen. Das heisst nun nicht, dass wir sämtliche Investitionen «auf die lange Bank» schieben. Uns ist auch bewusst, dass es Positionen gibt, welche zwingend sind. Aber wir benötigen eine ausgewogene Gesamtlösung auf Einnahme- wie auch auf Ausgabeseite. Aus diesem Grund schlagen wir vor, dass an einem «Runden Tisch» mit der Abteilung Finanzen und Vertretungen aus allen Parteien gemeinsam daran gearbeitet werden kann (so wie wir das schon einmal versucht haben).

2)

**Hans Peter Friedli (SVP):** Die SVP-Fraktion dankt der Verwaltung für die geleisteten Arbeiten und die abgegebenen Unterlagen zum Finanzplan 2024 bis 2030.

---

2) 18:12 Uhr: Denis Toggwiler (glp) nimmt an der Sitzung teil. Neu sind **33 Ratsmitglieder** anwesend.



Wir müssen uns bewusst sein, dass sich die Zahlen des Finanzplanes laufend verändern. Was heute stimmt, ist bereits morgen Vergangenheit. Wir Parlamentsmitglieder können einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass die Veränderungen nicht zu gross ausfallen. Die Aufgaben der Gemeinden nehmen stetig zu. Die Forderungen des Parlamentes verursachen laufend zusätzliche Kosten für die Prüfung und die Umsetzung von mehrheitlichem "Wunschbedarf".

Alle sprechen von Verantwortung: Also müssen wir Parlamentsmitglieder diese hier im Tellaal wahrnehmen. Aus diesem Grund fordere ich das Parlament und insbesondere die linksgrüne Mehrheit dazu auf, ihre Vorstellungen der finanziellen Situation der Gemeinde Ostermundigen anzupassen: **Notwendiges ja - Wunschbedarf nein**. Erst wenn das zutrifft, können wir über die Lösung einer Steuererhöhung diskutieren.

Die SVP-Fraktion wird dem vorliegenden Finanzplan und Investitionsprogramm 2024 - 2030 zustimmen.

**Colette Nova (SP):** Nach der Abstimmung vom Sonntag hat der Finanzplan, also der Blick über das Jahr 2024 hinaus, wieder eine grosse Bedeutung. Weil wir das alles auch nach 2025 alleine tragen müssen, in der schönen Selbstständigkeit.

Die Finanzen sind wirklich unser grösstes Sorgenkind, wie "Der Bund" am 24. Oktober 2023 geschrieben hat! Leider ist der Ausblick in die Zukunft, den uns dieser Finanzplan gibt, alles andere als schön:

- Es reihen sich Defizite an Defizite;
- der Bilanzüberschuss wird bald zum Bilanzdefizit;
- die Verschuldung steigt – übrigens schon ab 2026 über die Interventionsgrenze hinaus, die in der Finanzstrategie definiert ist. Sowohl bei der Kennzahl «Bruttoverschuldungsanteil» als auch bei derjenigen der «Nettoschuld in Franken pro Einwohner». Ab 2026 sind also zwei Ampeln auf Rot. Also nicht erst im 2026.

Dieser Finanzplan ist so ziemlich das Gegenteil von einem soliden Wirtschaften. Der Gemeinderat schlägt keine Steuererhöhung vor. Er will nämlich offenbar einfach zusehen, wie sich die Situation immer weiter verschlechtert. Sein Motto lautet offenbar: «Nach uns die Sintflut». Oder eben «Schuldenwirtschaft».

Seltsam ist, dass ich hier als Linke für Finanzdisziplin plädieren muss - übrigens schon seit Jahren - gegen eine Mitte-Rechts-Mehrheit in Gemeinderat und Grosse Gemeinderat. In Ostermundigen haben wir offenbar verkehrte Welt. Im Abstimmungskampf ist immer wieder von der besonderen Polit-Kultur in Ostermundigen die Rede gewesen. Genau in dieser wichtigen Frage fehlt sie aber.

Eine solche Schuldenwirtschaft halten wir in meiner Fraktion nicht für verantwortbar. Deshalb wollen wir dagegenhalten, mit einem Antrag beim nachfolgenden Traktandum «Budget 2024».

**Christoph Leiser (FDP):** Ich kann mich grossmehrheitlich den Vorrednerinnen und Vorredner anschliessen. Wir werden am "Runden Tisch" gerne mitmachen - das ist eine gute Idee!

Ein Plan ist ein Plan - hier ein Finanzplan, ein Versuch zum Ausblick in die Zukunft, verbunden mit grossen Unsicherheiten. Ob wir diesen genehmigen oder nicht, spielt keine Rolle, es ändert sich nichts. Die FDP.Die Liberalen-Fraktion folgt aber dem Antrag «Gemeinderat». Die vorgeschlagene Organisation eines «Runden Tisches» zum Thema unterstützen wir und danken für den Vorschlag.

Wir probieren, dass Schiff nicht untergehen zu lassen.

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat muss über den Finanzplan abstimmen.

**Myriam Zürcher (EVP):** Die EVP-Fraktion ist sich bewusst, dass die Gemeindefinanzen nicht rosig sind, die Lage kann sich fast jederzeit zu einem noch kritischeren Zustand wenden. Dass eine Steuererhöhung nicht nur jedes Jahr verschoben wird, sondern nächstes Jahr oder in den nächsten Jahren dann doch einmal kommen könnte, ist leider wahrscheinlicher als uns lieb ist.

Die EVP-Fraktion wird jedoch zum jetzigen Zeitpunkt, so kurz nach der Fusionsabstimmung, sich NICHT für eine Steuererhöhung aussprechen. Dies wäre für uns eine Art von "dri-schiesse". Das ist für uns nicht stimmig.

Dass wir die Lage im Auge behalten müssen und dass wir Ausgaben mit viel Sorgfalt planen sollen - "OHNE jedoch am falschen Ort zu sparen!" - das ist unser Los und braucht uns alle!

Wir sind selbstverständlich gerne bereit, am heute Abend erwähnten "Runden Tisch" mitzuhelfen. Ich danke Colette Nova (SP) für die gute Idee. Die "Schuldenwirtschaft" der Gemeinde Ostermundigen belastet auch die EVP-Fraktion. Dieser Gedanke müssen wir unbedingt in die Diskussion aufnehmen.

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Wird die Detailberatung zum Finanzplan gewünscht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 23 zu 5 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s**

1. Der Finanzplan mit Investitionsprogramm 2024 bis 2030 wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Axioma 9017  
20.1.01 Jahresvoranschläge - Budgets

## 228. Budget 2024 und Investitionsplanung; Genehmigung

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Zuerst ist die Diskussion über die Botschaft und anschliessend die Detailberatung über das Budget zu führen.

**Gerhard Baumgartner (EVP):** Alle Jahre wieder debattieren wir über das Budget. Wir müssen planen und unsere Meinungen einbringen.

Die EVP-Fraktion hat festgestellt, dass die Verwaltung ohne grössere Abweichungen zum Vorjahr budgetiert hat. Die Verwaltung nimmt den Auftrag zur sorgfältigen Budgetierung wahr.

Das budgetierte Defizit von 2 Mio. Franken ist unerfreulich. Gut zu Wissen ist, dass 50 Prozent der Ausgaben übergeordnet bestimmt werden.

Nach wie vor gilt für uns als Parlament mit den verbleibenden Einnahmen von 50 Prozent sehr sorgsam umzugehen! Selbstdisziplin ist gefordert! Wir können es schaffen und uns vom Image der "grauen Maus" lösen. Wir müssen die Ärmel nach hinten krempeln. Zusammen werden wir eine Verbesserung der finanziellen Situation erarbeiten.

Die EVP-Fraktion wird dem Budget 2024 zustimmen.

3)

**Dorothea Züllig von Allmen (GLP):** Bei diesem sowie auch dem vorangehenden Traktandum möchte man schon fast lieber sagen: «Guet Nacht».

Seit 2020 haben wir ein jährliches Defizit von CHF 2 Millionen. Das Defizit wird vom Bilanzüberschuss gedeckt, die finanzpolitische Reserve ist aufgebraucht. Immerhin fielen die Steuereinnahmen privater Personen leicht höher aus und der Gemeinde werden absehbar hohe Mehrwertabschöpfungen zufallen, womit die Abschreibungen finanziert werden können. Trotzdem: Gemäss Finanzplan wird der Bilanzüberschuss im Jahr 2027 negativ sein.

- Ostermundigen hat ein hohes Investitionsvolumen in den nächsten Jahren. Die Neuverschuldung wird unweigerlich ansteigen.
- Was kann Ostermundigen tun? Auf der Ertragsseite warten wir schon länger auf einen Lottomillionären. Ansonsten sieht die glp-Fraktion wenig bis kein Licht am Horizont.

Ueli Steiner hat im letzten Jahr gesagt, das Budget 2023 sei ein Stück weit «Science-Fiction». Nichts anderes gilt in diesem Jahr. Was aber mit Sicherheit gesagt werden kann: Ein grosser Teil der Ausgaben ist Pflichtbedarf. Dieser wird tendenziell nicht kleiner, sondern grösser. Der Beizug von Externen, was sehr kostspielig ist, in den verschiedenen Abteilungen wird nicht weniger, sondern mehr, denn die Aufgaben werden komplexer und die Personalsituation ist in einigen Abteilungen sehr angespannt.

---

3) 18:30 Uhr: Peter Buri (SP) nimmt an der Sitzung teil. Nun sind **34 Ratsmitglieder** anwesend.

- Wir werden dem vorgelegten Budget zustimmen. Streichprogramme sind keine vorgesehen. Die Zitrone ist wie schon in den Vorjahren ausgepresst.
- Ostermundigen wird nach einem Überprüfen der Finanzstrategie und der Strukturen der Verwaltung und der Behörden im Endeffekt wohl kaum kostengünstiger fahren. Im Gegenteil.

Das Hinausschieben der Steuererhöhung, welche unweigerlich kommen wird, wurde in unserer Fraktion kontrovers diskutiert. Die Mehrheit hat sich für ein Zuwarten um ein weiteres Jahr entschieden. Das Judihui zur Ablehnung der Fusion und damit einhergehend das Selbstvertrauen, dass die Gemeinde sich selber aus dem Sumpf ziehen kann, ist derart gross und strahlt über die Gemeindegrenze hinaus, dass sich ja vielleicht doch noch ein paar steuerkräftige, wohl eher bürgerliche Zuzüger aus Bern finden lassen, oder Gewerbeunternehmen, welche sich dem teuren Parkkartensystem der Stadt entziehen wollen und hier niederlassen.

Sollte dem nicht so sein, wird unsere Partei im nächsten Herbst einer Steuererhöhung wohl oder übel zustimmen müssen.

**Colette Nova (SP):** Einmal mehr liegt uns ein Budget mit einem Defizit vor. Das ist leider schon seit vielen Jahren so. Nur dass wir jetzt fast keine Reserven mehr haben, die wir auflösen können. Darum kann man das Defizit nicht mehr «schönen». Ich beziehe mich hier vor allem auf den "Allgemeine Haushalt".

Wir leben also offensichtlich auf zu grossem Fuss. Wir haben ein strukturelles Defizit. Wir können zwar vieles kaum oder gar nicht beeinflussen - vor allem nicht die 54 % Aufwand, die Transferaufwand sind, die uns der Kanton vorgibt. Aber das ist bei allen anderen Gemeinden auch so, auch diesen Transferaufwand müssen wir finanzieren. Wir wissen auch, woran das liegt: Wir haben ein schlechtes Steuersubstrat, viele Einwohner zahlen wenig oder keine Steuern. Das können wir nicht so einfach ändern.

Wenn man auf zu hohem Fuss lebt, muss man Ausgaben reduzieren oder Einnahmen erhöhen oder Beides, damit in der Rechnung Aufwand und Ertrag ins Gleichgewicht kommen. Erwartete bessere durchschnittliche Steuereinnahmen in bestimmten Überbauungen sind auch schon «eingepreist». Ein «Runder Tisch» ist eine schöne Idee, aber es gibt kaum mehr Möglichkeiten, den Aufwand zu reduzieren. Die budgetierten Aufwände 2024 werden im GPK-Protokoll auf Seite 304 wieder gegeben. Der Personalaufwand nimmt mit dem immer wieder erwähnten "Fachkräftemangel" stetig zu. In früheren Jahren wurde hier mehrmals versucht, anhand einer Liste der nicht zwingenden/nicht vorgeschriebenen Ausgaben Einsparungen zu machen. Das waren aber doch nur "Peanuts" und dieses Vorgehen hat nirgends hingeführt. Solche Defizite kriegt man so leider nicht weg.

Ich und meine Fraktion halten es nicht für verantwortungsvoll, Jahr für Jahr Defizite einzufahren und eine Steuererhöhung, die offensichtlich nötig ist, immer weiter aufzuschieben. Wir halten es nicht für gut, dass die Gemeinde gar keine Reserven mehr haben soll. Wir halten es auch nicht für sinnvoll, unnötigerweise Steuergelder für Fremdkapitalzinsen zu verschwenden. Fremdkapitalzinsen zu vermeiden, ist eine effektive Sparmassnahme und die Einzige, die uns zur Verfügung steht! Und zwar jedes Jahr wieder.

Dass wir so grosse Ausgaben wie diejenigen für das Schulhaus Rothus nicht auf einmal aus eigener Kraft stemmen können, ist logisch. Eine Verschuldung zur Vorfinanzierung von grossen Ausgaben ist also grundsätzlich in Ordnung und nötig. Aber man sollte auch solche

Schulden so tief wie möglich halten und sie auch wieder zurückzahlen - wofür es aber eben eigene Mittel braucht. Wenn man auf der Ausgabenseite nicht genug reduzieren kann, dann braucht es halt mehr Einnahmen, also mehr Steuern. Wir müssen das was wir konsumieren, auch finanzieren (inkl. den «Zwangskonsum», den uns der Kanton vorschreibt).

Darum beantragen wir für 2024 eine Erhöhung der Steueranlage um einen Steuerzehntel, also auf 1.79 des Einheitssatzes. So können wir ein Defizit vermeiden, denn das bringt ca. 2.8 Mio. Franken.

Wir beantragen diese Steuererhöhung nicht, weil wir gerne hohe Steuern haben. Das ist ein Märchen! Wir beantragen sie ja auch nicht auf Vorrat. Wir beantragen sie auch nicht, um eine Grundlage für neue, noch höhere Ausgaben zu schaffen. Sondern, um Defizite zu vermeiden und die Gemeindefinanzen ungefähr ins Gleichgewicht zu bringen und im Gleichgewicht zu halten.

Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion stellt deshalb den **Änderungsantrag Nr. 1:**

1. Die Steueranlagen für das Jahr 2024 werden wie folgt festgesetzt:

- Für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital und Grundstücksgewinn) das 1.79-fache des gesetzlichen Einheitssatzes.
- ...

**Ulrich Steiner (SVP):** Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die sorgfältige Ausarbeitung des Budgets 2024. Danke auch für die Informationsveranstaltung vom 16. Oktober 2023. Wir werden diesem Budget integral zustimmen.

Auch uns gefällt das prognostizierte Defizit von 1.97 Millionen im Allgemeinen Haushalt nicht - um diesen Betrag geht es in erster Linie. Die Budgets der Spezialfinanzierungen sind in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung; die gebührenfinanzierten Spezialfinanzierungen sind gut dotiert und werden zweckgebunden eingesetzt.

Wir müssen aber auch die Relationen bewahren. Das Defizit im Allgemeinen Haushalt beläuft sich auf rund 2 % des Gesamtergebnisses. Ich kenne kein Investitionsprojekt, das im Kostenvoranschlag eine höhere Genauigkeit aufweist.

Das soll nicht heissen, dass wir jetzt einfach die Hände in den Schoss legen. Wir gehen mit dem Votum des Gemeindepräsidenten zum Ausgang der Abstimmung einig: **Die Büetz geht weiter!** Auch für die SVP-Fraktion ist klar: Die Überprüfung der Finanzstrategie, die Anstrengungen zur Erhöhung der Steuerkraft, der Verzicht auf «nice-to-have» bei den Investitionen, die Weiterentwicklung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Stadt und der Region, etc. sind nun wichtige Aufgaben, die wir anpacken müssen. Die SVP-Fraktion wird sich engagiert und konstruktiv in diese Prozesse einbringen. Lösungen werden nicht morgen auf dem Tisch liegen, sondern müssen gemeinsam erarbeitet und ausgehandelt werden.

Stellungnahme zum Antrag SP/Grüne betreffend Erhöhung des Steuersatzes von 1.69 auf 1.79:

- Eine Steuersatzerhöhung ist im Finanzplan für das Budget 2025 vorgesehen. Eine Erhöhung bereits 2024 ist unnötig und verfrüht.

- Der Antrag hat den Charakter einer «Straffraktion» gegenüber den Fusionsgegnern. Natürlich darf man nach einer Abstimmung ein wenig «täupele», Schnellschüsse dieser Art sind jedoch wenig hilfreich.
  - Eine Steuerhöhung zu dieser Zeit ist unsozial. Kosten für Krankenkassenprämien, Mieten, Lebensmittel, Energie, Mobilität, etc. steigen zum Teil massiv. Da müssen wir nicht gleichzeitig noch die Steuerrechnungen in die Höhe treiben.
- Wir lehnen den Antrag auf Erhöhung des Steuersatzes im Budget 2024 entschieden ab.

**Peter Buri (SP):** Ich kann den Seitenhieb des Vorredners nicht stehen lassen. Das Ganze hat nichts mit "Zwängerei" zu tun - auch wenn wir beim letzten demokratischen Entscheid verloren haben. Es ist Tatsache, dass je länger wir zuwarten, wir eine Steuererhöhung vornehmen müssen.

Ich bin nicht bereit, unsere finanziellen Reserven total zu vernichten. Wir kennen die Zukunft resp. die finanziellen Machenschaften nicht. Das Verzögern der unausweichlichen Steuererhöhung finde ich fahrlässig.

**Sandra Löhner (Die Mitte):** Die Mitte-Fraktion wird dem vorliegenden Budget 2024 zustimmen.

Die finanzielle Lage der Gemeinde ist weiterhin wenig erfreulich. Der negative Fusionsentscheid macht uns deutlich, dass viele Veränderungen auf uns zukommen werden. Die Mitte-Fraktion unterstützt eine ausgeglichene Lösung, welche eine Steuererhöhung ab dem Jahr 2025 als Teil einer Gesamtlösung beinhalten kann und macht beliebt, das Budget 2024 wie vorliegend zu genehmigen.

**Christoph Leiser (FDP):** Wir danken allen Beteiligten für das Erarbeiten der Unterlagen. Die FDP.Die Liberalen-Fraktion wird dem Antrag Gemeinderat zustimmen und sowohl die vorgeschlagenen Steueranlagen 2024 wie auch das Budget 2024 genehmigen; eine Detaildiskussion einzelner Budgetposten und das weitere Aufblähen der Aufwandseite ist für uns nicht opportun.

Die finanzielle Situation ist nicht schönzureden, wir gehen aber davon aus, dass sich die in den letzten Jahren initiierten Projekte steuertechnisch positiv entwickeln oder sich (weiter) auszuwirken beginnen (Hochhaus, San Siro, Wendeschlaufe).

Die "Mantra mässig" beantragte Steuererhöhung unterstützen **wir** auch heute nicht – unterstütze **ich** heute nicht. Die FDP.Die Liberalen-Fraktion ist nicht bereit, so kurz nach der Abstimmung mit einer Steuererhöhung im Parlament am Volk vorbei zu politisieren.

**Matthias Kuert (SP):** Noch etwas im Nachgang zur "Fusion":

Wir haben gehört, dass die politische Kultur in Ostermundigen ausgesprochen gut sei. Dieser Aussage kann ich zustimmen. Für mich hätte zu dieser guten Kultur gehört, dass sich die Gegenseite vom Vandalismus bei den Wahlplakaten distanziert hätte. Dieses Versäumnis finde ich sehr schade.

Zum Budget 2024:

Es gehört zur politischen Kultur, dass wir konsequent sind. Die Bürgerlichen haben erwähnt, dass eine allfällige Steuererhöhung ertragsmässig nicht viel ausmacht. Von allen Seiten wurde jedoch die schlechte finanzielle Situation der Gemeinde Ostermundigen erwähnt. Wir haben drei Möglichkeiten (Votum von Colette Nova):

- Wir können weiterhin sparen,
- wir können die Schulden erhöhen oder
- wir können die Steueransätze erhöhen.

Vor ein paar Jahren wurde eine "Aufgabenüberprüfung" vorgenommen. Wir haben keine Luxusaufgaben und keine "nice to haves" budgetiert. Mehr als 50 Prozent der Gemeindeaufgaben sind "gebunden". Auch die Nachteile einer Verschuldung haben wir bereits gehört. Die Stadt Bern hat einen deutlichen höheren Schuldenberg - diesem wollen wir nicht folgen.

Jetzt ist die Verantwortung gefragt - auch von allen Fusionsgegnern. "Jetzt ist nicht der Zeitpunkt für eine Steuererhöhung." - Diese Aussage ertönt alle Jahre. Es gibt keinen guten Zeitpunkt für eine Steuererhöhung; das ist allen klar! Wenn wir jedoch die Verantwortung übernehmen wollen, ist jetzt der Moment für eine Steuererhöhung gekommen. Nehmt die Verantwortung wahr und stimmt einer Steuererhöhung zu.

Kommunikation des Gemeinderates:

Der Gemeinderat hat kommuniziert, dass es in Ostermundigen keine Steuererhöhung gibt. Diese Entscheidungskompetenz liegt letztendlich beim Grossen Gemeinderat unter Vorbehalt des fakultativen Referendums. In Zukunft sollte da eine sorgfältigere Formulierung gewählt werden.

**Adrian Tanner (Grüne):** In der Zwischenzeit wurde bereits vieles erwähnt und ich verzichte auf eine Wiederholung der Aussagen.

Für mich ist wichtig zu erwähnen, dass die Aufgabenüberprüfung keinen "Speck für Kürzungen" zum Vorschein gebracht hat. **Grundsätzlich hilft nur sparen.** Die finanzielle Entwicklung ist in den letzten Jahren immer in die gleiche Richtung geflossen. Die Hoffnung auf eine Besserung ist immer weniger glaubwürdig. Es wird von der Aufnahme von Fremdkapital gesprochen. Es muss Verantwortung übernommen werden. Es wurde erwähnt, dass eine Steuererhöhung "unsozial" ist. Wir haben schon viele Vorschläge vorgetragen, wie die Politik in Ostermundigen sozialer gestaltet werden könnte.

"Geld" können wir messen und ist in Zahlen vorhanden. Aber wir leben über unseren Verhältnissen - auch in Bezug auf die natürlichen Ressourcen. Auch hier muss vermehrt Verantwortung übernommen werden. Ich werde einer Steuererhöhung zustimmen.

**Marcel Falk (SP):** Zu meiner grössten Sorge: Die heutige Diskussion haben wir vor 12 Monaten geführt und werden sie auch in 12 Monaten wieder führen. **Nicht nur reden - wir müssen handeln!**

Wir von der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion haben nur einen Lösungsvorschlag vorgestellt:

① Steuererhöhung

Ich appelliere an die anderen Fraktionen, auch mögliche Lösungsvorschläge zur Verbesserung der finanziellen Lage von Ostermundigen einzubringen! Wir können nur gemeinsam die Misere aus der Welt schaffen. Vielleicht ist dazu ein "Runder Tisch" notwendig.

Viele Voten von heute Abend empfinde ich als "Ausreden". Unser Hauptproblem ist, dass wir hohe Investitionen vornehmen müssen und uns nur tiefe Steuereinkommen zur Verfügung stehen. Jetzt (nach der wichtigen Fusionsabstimmung) wäre es an der Zeit, die Verantwortung in der Selbstständigkeit wahrzunehmen und der Steuererhöhung zuzustimmen. Spätestens im nächsten Jahr müssen uns Lösungsmöglichkeiten präsentiert werden.

**Sandra Löhner (Die Mitte):** Danke Marcel Falk für dein Votum. Wir haben alle Verständnis für eine Steuererhöhung. Doch im Moment wird diese vom Parlament keine Mehrheit finden.

Mir ist es aber ein wichtiges Anliegen, dass die Abteilung Finanzen/Steuern bereits im Vorfeld einen "Runden Tisch" einberufen wird. Damit soll verhindert werden, dass in einem Jahr die gleichen Diskussionen geführt werden. Bereits im Vorfeld sollten die Meinungen der "Finanzgenies" sämtlicher Fraktionen bekannt sein.

**Gerhard Baumgartner (EVP):** Mehrmals wurde heute Abend die Aufnahme von Fremdkapital erwähnt. Zum Glück haben wir in Ostermundigen ein sehr gutes "Rating". Das heisst, dass wir zu sehr günstigen Konditionen Fremdkapital aufnehmen können.

Die Vorschläge von Marcel Falk (SP) sind beim Geschäft "Sanierung Schulanlage Rothus" bei der Dachsanierung inkl. Solarpanels vergessen gegangen. Es geht auch hier um "GMV = gesunder Menschenverstand"!

Die Spezialisten haben dem Schulhausdach eine weitere Lebensdauer von 10 Jahre und länger attestiert. Doch die Solaranlage (an diesem schützenswerten Gebäude aus dem Jahre 1955) wurde vom Parlament grossmehrheitlich genehmigt. Als Privatperson hätte ich auf den Bau einer Solaranlage zugewartet. Die notwendigen finanziellen Mittel müssen im Vorfeld sorgfältig geklärt werden.

Fazit: Wir müssen uns in Zukunft vermehrt überlegen, ist die Sanierung resp. Anschaffung zwingend notwendig?

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Besten Dank für alle Voten. Wird die Detailberatung zum Budget 2024 gewünscht? Als dann können wir die Abstimmung vornehmen.

**Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP):** Der Gemeinderat hat sich ebenfalls Gedanken zur finanziellen Situation der Gemeinde Ostermundigen gemacht. Der Gemeinderat hält sich an die "Finanzstrategie". Sie zeigt klar auf, wann eine Steuererhöhung notwendig wird. Im letzten Jahr wurde im Finanzplan die Steuererhöhung per 2024 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2022 ist viel besser als budgetiert ausgefallen. Das hat dazu geführt, dass der Gemeinderat die Steueranlage erst per 2025 erhöhen will.



Es ist nicht einfach: Die grossen Investitionen müssen an die Hand genommen werden. Wir müssen dafür Fremdkapital aufnehmen. In den letzten fünf Jahren konnten 20 Mio. Franken an Fremdkapital abgebaut werden. Betreffend "Fremdfinanzierung" sind wir im Soll.

Letztendlich wird das Volk über die Sanierung der Schulanlage Rothus wie auch über die Dreifachturnhalle entscheiden. Der Gemeinderat muss die finanziellen Mittel für den Bau dieser Projekte sicherstellen.

Zum Thema "Runder Tisch" eröffnen: Ich bin gerne bereit, diesen Wunsch umzusetzen. Ich werde die notwendigen Vorkehrungen treffen. Das Budget wird in sämtlichen ständigen Kommission beraten und natürlich auch in den Abteilungen detailliert besprochen.

**Adrian Tanner (Grüne):** Ich möchte noch zum Votum von Gerhard Baumgartner (EVP) erwähnen, dass eine Solaranlage effektiv teuer ist. Und es gibt viele Möglichkeiten, um Strom zu sparen.

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Wir haben über den **Änderungsantrag Nr. 1** der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion abzustimmen. Ich verlese den Wortlaut nochmals:

1. *Die Steueranlagen für das Jahr 2024 werden wie folgt festgesetzt:*

- *Für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital und Grundstückgewinn) das 1.79-fache des gesetzlichen Einheitssatzes.*
- ...

### **A b s t i m m u n g**

Der Änderungsantrag Nr. 1 wird mit 22 zu 10 Stimmen abgelehnt.

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir können über den gemeinderätlichen Antrag abstimmen. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 21 zu 4 Stimmen den folgenden

### B e s c h l u s s

1. Die Steueranlagen für das Jahr 2024 werden wie folgt festgesetzt:
  - für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital und Grundstückgewinn) das 1,69-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;
  - für die Liegenschaftssteuer 1,5 %o des amtlichen Wertes;
  - Hundesteuer CHF 100.00 pro Hund;
  - für die Feuerwehrdienstersatzabgabe 3,4 % des Staatssteuerbetrages, höchstens CHF 200.00.
2. Das Budget für das Jahr 2024, abschliessend mit einem Aufwandüberschuss des Gesamthaushaltes von CHF 2'635'990, wird wie folgt genehmigt:

	Aufwand	Ertrag
Gesamthaushalt	CHF 120'586'660	CHF 117'950'670
Aufwandüberschuss		CHF -2'635'990
Allgemeiner Haushalt	CHF 106'988'790	CHF 105'016'970
Aufwandüberschuss		CHF -1'971'820
SF Wasserversorgung	CHF 4'671'870	CHF 5'335'000
Ertragsüberschuss	CHF 663'130	
SF Abwasserentsorgung	CHF 5'756'290	CHF 5'279'700
Aufwandüberschuss		CHF -476'590
SF Abfallbewirtschaftung	CHF 2'255'110	CHF 1'537'500
Aufwandüberschuss		CHF -717'610
SF Feuerwehr	CHF 914'600	CHF 781'500
Aufwandüberschuss		CHF -133'100

3. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Axioma 8710  
40.1.12 Strassen, Allgemeines

## 229. Sanierung Knoten Obere Zollgasse/Waldheimstrasse/Gerbe- strasse inkl. Bushaltestelle; Kreditgenehmigung

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungs-  
kommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP):** Die ganze Situa-  
tion entlang der Oberen Zollgasse ist insbesondere für den Langsamverkehr zu verbessern.  
Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass primär die Bushaltestelle behindertengerecht  
ausgebaut werden muss. Die Vorgaben gemäss eidg. Behindertengleichstellungsgesetz (Be-  
hiG) müssen per 1.1.2024 umgesetzt werden. Die Terminvorgabe schaffen wir nicht. Die barri-  
erfreie Umsetzung der Bushaltestellen wird nach und nach vorgenommen. Die Bushaltestel-  
len entlang der Bernstrasse werden im Zusammenhang mit dem "Tram Bern-Ostermundigen"  
angepasst. Die verschiedenen, geplanten Investitionen sind im Finanzplan aufgeführt.

Der Perimeter ist klein. Die Platzverhältnisse bei der Kreuzung sind sehr eng und der Hand-  
lungsspielraum ist begrenzt. Die geplanten Sanierungsmöglichkeiten liegen primär in einer  
verbesserten Signalisation. Bei technischen Fragen steht dem Parlament Herr Silvio Gallo zur  
Auskunftserteilung bereit.

Ich habe noch eine weitere Vorbemerkung:

1. Das BehiG genießt Priorität.
2. Die Personalsituation bei der Abteilung Tiefbau + Betriebe ist zur Zeit prekär.

Ab Dezember 2023 steht der Abteilung eine ad Interims-Leitung vor. Auch bei den Infrastruk-  
turen arbeitet die Abteilung mit externen Fachstellen zusammen. Der in der Botschaft abge-  
bildete Zeitplan kann nur schwer eingehalten werden.

**Peter Buri (SP):** Zum Behindertengleichstellungsgesetz kurz BehiG:

Das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinde-  
rungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG; SR 151.3) trat am 1. Januar 2004 in Kraft.  
Dazu gehören drei Verordnungen:

1. die Verordnung über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit  
Behinderungen (Behindertengleichstellungsverordnung, BehiV; SR 151.31)
2. die Verordnung über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs  
(VböV; SR 151.34)
3. die Verordnung des UVEK über die technischen Anforderungen an die  
behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs (VAböV; SR 151.342)

Das BehiG setzt die verfassungsmässigen Verpflichtungen nach Artikel 8 Absatz 4 in gewissen  
zentralen Belangen um, in denen Menschen mit Behinderungen Einschränkungen erfahren.

Richtschnur bei der Auslegung des Gesetzes ist Artikel 8 Absatz 2 BV und das Diskriminierungsverbot.

1) <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2003/667/de>

2) <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2003/668/de>

3) <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2003/669/de>

4) <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2016/234/de>

Zweck

Gemäss Botschaft des Bundesrats (BBl 2001 1715, 1775) ist das oberste Ziel des Gesetzes die Schaffung von «Rahmenbedingungen, welche die Unabhängigkeit Behinderter von der Hilfe durch Drittpersonen erlauben und damit vom Gefühl befreien, von anderen Personen abhängig zu sein». Das BehiG «setzt Rahmenbedingungen, die es Menschen mit Behinderungen erleichtern, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und insbesondere selbstständig soziale Kontakte zu pflegen, sich aus- und fortzubilden und eine Erwerbstätigkeit auszuüben».

Botschaft zur Volksinitiative "Gleiche Rechte für Behinderte" und zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Beseitigung von Benachteiligungen behinderter Menschen

5) <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2001/434/de>

Geltungsbereich und Inhalt

Das Gesetz gilt für:

- Öffentlich zugängliche Bauten und Anlagen, für welche nach Inkrafttreten des BehiG eine Bewilligung für den Bau, oder für die Erneuerung der öffentlich zugänglichen Bereiche erteilt wird (1. Januar 2004);
- Öffentlich zugängliche Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs (Bauten, Anlagen, Kommunikationssysteme, Billettbezug) und Fahrzeuge, die unter eines der folgenden Gesetze fallen: Eisenbahngesetz vom 20. Dezember 1957; das Bundesgesetz vom 20. März 1998 über die Schweizerischen Bundesbahnen; das Personenbeförderungsgesetz vom 18. Juni 1993, ausgenommen die Skilifte sowie Sesselbahnen und Gondelbahnen mit weniger als neun Plätzen pro Transporteinheit; das Bundesgesetz vom 29. März 1950 über die Trolleybus Unternehmungen; das Bundesgesetz vom 3. Oktober 1975 über die Binnenschifffahrt; das Luftfahrtgesetz vom 21. Dezember 1948;
- Wohngebäude mit mehr als 8 Wohneinheiten, für welche nach Inkrafttreten des BehiG eine Bewilligung für den Bau, oder für die Erneuerung erteilt wird;
- Gebäude mit mehr als 50 Arbeitsplätzen, für welche nach Inkrafttreten des BehiG eine Bewilligung für den Bau, oder für die Erneuerung erteilt wird;
- Grundsätzlich von jedermann beanspruchte Dienstleistungen Privater und Unternehmen, die eine Infrastrukturkonzession nach Artikel 5 des Eisenbahngesetzes vom 20. Dezember 1957, oder eine Personenbeförderungskonzession nach Artikel 6 des Personenbeförderungsgesetzes vom 20. März 2009 haben;
- Aus- und Weiterbildung;
- Arbeitsverhältnisse nach dem Bundespersonalgesetz vom 24. März 2000.

Ich möchte dem Gemeinderat ein "Kränzlein winden" und meinen besten Dank aussprechen. Mit dem vorliegenden Projekt wird ein Schritt vorwärts getan.

**Myriam Zürcher (EVP):** Wer in der Nähe der Oberen Zollgasse wohnt, Velo fährt oder im Rollstuhl sitzt, der oder die weiss bestens, wie sehr notwendig die geplanten Sanierungen vom Knoten Obere Zollgasse, Waldheimstrasse, Gerbestrasse, wie auch die Sanierung der Bushaltestellen sind.

Es muss das absolut machbar Möglichste gemacht werden, um die Ausgangslage für die schwächeren Verkehrsteilnehmenden, wie eben die Fussgängerinnen und Fussgänger und Velofahrer:innen es sind, sich verbessern kann!

Bodenmarkierungen begrüssen wir sehr! Ebenfalls sollte an engeren Strassenstellen geprüft werden, ob sich mit privaten Besitzerinnen und Besitzer, also Anwohnerinnen und Anwohnern der Oberen Zollgasse, etwas aushandeln lässt.

Die EVP-Fraktion wird der Kreditgenehmigung zustimmen.

**Michael Mitter (Die Mitte):** Die Mitte-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. Ich bin an der Gerbestrasse aufgewachsen und kenne die Situation aus eigener Erfahrung mit 5 Jahren Schulweg und 12 Jahren Arbeitsweg bestens. Wir finden es richtig und nötig, dass die Haltestelle behindertengerecht ausgebaut und dabei auch der Knoten optimiert wird. Wir haben vorher gerade gehört, dass wir haushälterisch mit unserem Geld umgehen sollen, und gerade hier können wir Synergien nutzen.

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 32 zu 0 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s**

Zu Lasten der Investitionsrechnung wird für die Sanierung des Knotens Obere Zollgasse/Waldheimstrasse/Gerbestrasse und die Erstellung der behindertengerechten Bushaltestelle ein Investitionskredit von CHF 380'000.00 bewilligt.

Axioma 9157  
10.3.73 Postulate

## 230. Überparteiliches Postulat betreffend öffentlicher Zugang zu Defibrillatoren; Erheblicherklärung resp. Ablehnung

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner des Postulates zum Geschäft äussern.

**Denis Toggwiler (glp):** Ich danke dem Gemeinderat für seine Abklärungen resp. Stellungnahme. Ich bin erfreut darüber, dass mein Anliegen auf offene Ohren gestossen ist. Das Anliegen kostet ebenfalls Geld (800 Franken).

**Gerhard Zaugg (SVP):** Die SVP-Fraktion stimmt dem gemeinderätlichen Antrag zu. Es gilt zu überlegen, ob die Massnahme praxistauglich ist. Die meisten Leute wissen nicht, wie einen Defibrillator im Notfall zu bedienen.

**Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos):** Als Stellvertreter der Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit kann ich mitteilen, dass die Koproduktion (Abteilungen Öffentliche Sicherheit und Hochbau) die Standorte nochmals genauestens überprüfen wird. Es gibt auch in Ostermundigen sogenannte "First Responder", welche mir Defibrillatoren ausgerüstet sind. Auch diese First Responder sind auf die öffentlich zugänglichen Defibrillatoren angewiesen. Der Grosse Gemeinderat hat vor langer Zeit entschieden, dass in geschlossenen Bereichen (z. B. Turnhallen) keine Defibrillatoren installiert werden sollen.

**Gerhard Zaugg (SVP):** Den "First Responsern" sollte der Zugang zu Defibrillatoren in geschlossenen Bereichen ermöglicht werden.

**Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos):** Ich nehme den Hinweis von Gerhard Zaugg (SVP) sehr gerne mit. Ich weise darauf hin, dass in den gemeindeeigenen Liegenschaften Defibrillatoren zur Verfügung stehen.

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 32 zu 0 Stimmen den folgenden

### B e s c h l u s s

Das überparteiliche Postulat betreffend öffentlicher Zugang zu Defibrillatoren wird begründet und erheblich erklärt.

Axioma 9361  
10.3.73 Postulate

## **231. Überparteiliches Postulat betreffend "Es lebe die Kultur in Ostermundigen - mit Klängen und Farben; auch nach dem 31. Dezember 2023"; Erheblicherklärung resp. Ablehnung**

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich die Erstunterzeichnerin des Postulates zum Geschäft äussern.

**Myriam Zürcher (EVP):** Zuerst möchte ich allen Gemeinderatsmitgliedern, wie auch der Abteilung Hochbau, besonders Maya Weber Hadorn, welche diesen überparteilichen Vorstoss unterstützt und nach Lösungen gerungen haben, merci sagen.

Ich nehme die Antwort vom Gemeinderat zur Kenntnis, wenn auch mit einem trüben Auge. Ich hätte gerne eine handfestere Antwort gehabt, gerade auch weil Stefanie Affolter, alias Stef, zu früh weg geht, und das sollte der Gemeinde Ostermundigen, wie auch dem Gemeinderat, nicht egal sein.

Denn Ostermundigen braucht Kultur wie die, welche Stefanie Affolter über 10 Jahre angeboten hat! Umso mehr als sich ein Teil der Bevölkerung von Ostermundigen für eine Eigenständigkeit ausgesprochen hat.

Ostermundigen braucht auch in Zukunft Orte der Begegnung - wo Kultur "à la Stefanie Affolter" - gemütliche Orte, Startups für einen erschwinglichen Preis angeboten werden können.

Stef hat es mir, hat es uns vorgelebt, wie Leidenschaft geht, und konnte all die Jahre Menschen inspirieren. Möge dieser "Groove und Geist" weiterleben.

Ich möchte mich an dieser Stelle im Namen der EVP-Ostermundigen einfach nochmals herzlich bei Stefanie Affolter bedanken.

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 27 zu 0 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s**

Das überparteiliche Postulat betreffend "Es lebe die Kultur in Ostermundigen - mit Klängen und Farben; auch nach dem 31. Dezember 2023" wird begründet, erheblich erklärt und als erledigt abgeschlossen.

Axioma 9362  
10.3.74 Interpellationen

## **232. Interpellation Gerhard Zaugg (SVP) betreffend wie weiter mit dem Tell?; schriftliche Beantwortung**

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

**Gerhard Zaugg (SVP):** Ich bin mit der Beantwortung des Gemeinderates einverstanden; vielen Dank.

### **B e s c h l u s s**

Die Interpellation Gerhard Zaugg (SVP) betreffend wie weiter mit dem Tell? wird schriftlich beantwortet.



Axioma 9455

10.3.74 Interpellationen

### **233. Interpellation SP/Grüne-Fraktion zum Vorgehen des Gemeinderates bei der Neuregelung von amtlichen Publikationen; parlamentarischer Neueingang**

#### **Wortlaut**

Am 25. Oktober hat der Gemeinderat im Anzeiger Region Bern einen Beschluss über «Teilrevisionen aufgrund Neuregelung ab 1.1.2024 des Anzeigers Region Bern» aus seiner Sitzung vom 25. Juli 2023 öffentlich gemacht, samt Rechtsmittelbelehrung. Laut der Publikation gehe es um Änderungen über die Neubezeichnung des amtlichen Publikationsorgans der Gemeinde. Betroffen sind u.a. die Gemeindeordnung und zwei Reglemente. Die Neubezeichnung dürfte wenig interessieren, hingegen interessieren die praktischen Auswirkungen zu den amtlichen Publikationen.

#### **Fragen**

1. Was genau hat der Gemeinderat beschlossen?
2. Was sind die konkreten inhaltlichen Auswirkungen für die Bevölkerung von Ostermundigen, insbesondere: Soll die Gemeinde - wie z. B. Stettlen - die gedruckte amtliche Publikation beibehalten oder auf die elektronische Publikation gewechselt werden?
3. Falls auf die elektronische Publikation gewechselt werden soll: wo und wie können Einwohner ohne «elektronische Nabelschnur», bei denen es sich oft um ältere Personen handelt, in Zukunft die amtlichen Publikationen noch studieren, nachdem der „Anzeiger Region Bern“ ab Neujahr nicht nach Hause kommt?
4. Warum publiziert der Gemeinderat einen Beschluss vom Juli erst drei Monate später und ausgerechnet drei Tage nach der Abstimmung über die Fusion?
5. Der Gemeinderat hat sich, wie andere betroffene Gemeinden, schon seit längerem mit dem Thema «Anzeiger Region Bern» befasst. Er wusste also schon lange, dass es Folgerungen für die Gemeinde haben würde, Entscheide und Änderungen von Rechtsgrundlagen nötig sein würden. Er hätte also genügend Zeit gehabt, die Änderungen den zuständigen Organen zu unterbreiten. Wieso handelt er so spät?
6. Warum hat der Gemeinderat weder den Grossen Gemeinderat noch die Geschäftsprüfungskommission informiert?
7. Wie kommt der Gemeinderat dazu, die Gemeindeordnung (also der Gemeindeverfassung) - die bekanntlich in der Kompetenz der Stimmberechtigten liegt, auch bei Formalitäten - abzuändern?
8. Das Wahl- und Abstimmungsreglement und das Reglement Versand des Wahlmaterials liegen in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates. Wieso übergeht der Gemeinderat das Gemeindeparlament?

9. In anderen Gemeinden (Köniz) gab es zu diesem Thema sogar Volksabstimmungen.

10. Wann und wie gedenkt der Gemeinderat die Bevölkerung zu informieren?

eingereicht am 26. Oktober 2023

sig: Colette Nova (SP), S. Dähler, K. Balmer, M. Kuert, A. Tanner, P. Buri, M. Falk, J. Renner, K. Kistler, S. Schnider-Müller, T. Thomann

---

## Persönliche Erklärungen

**2. Vizepräsidentin Daniela Feller (FDP):** Die FDP-Die Liberalen-Fraktion muss erstmals in der laufenden Legislatur einen Rücktritt bekannt geben:

Unser Jungspund, Lucien Minka II, verlässt die FDP-Ostermundigen und zieht an einen neuen Wohnort.

Lucien, wir wünschen dir alles Gute am neuen Wohnort. Für dein bevorzugtes Hobby "Musik" habe ich für dich ein Buch gekauft. Darin wird das Rezept für eine erfolgreiche Musikkarriere abgebildet.

----- **A p p l a u s** -----

**Myriam Zürcher (EVP):** Auch die EVP-Fraktion muss in dieser Legislatur der erste Rücktritt eines GGR-Mitgliedes zur Kenntnis nehmen. Fabian Baumgartner wird Ende November 2023 Ostermundigen in Richtung Stadt Bern verlassen. Ich möchte dir für die geleisteten Arbeiten meinen herzlichen Dank aussprechen. Ich wünsche dir für die Zukunft alles Gute!

----- **A p p l a u s** -----

---

**Ratspräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Heute Abend ist folgender parlamentarische Vorstoss beim Ratsbüro eingegangen:

- Interpellation SP/Grüne-Fraktion zum Vorgehen des Gemeinderates bei der Neuregelung von amtlichen Publikationen

Nun sind wir am Ende der heutigen Sitzung angekommen. Ich wünsche allen eine gute Heimkehr und bis zum nächsten Mal.

Tschou zäme!

Axioma #4944

**a) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates**

o = offen, e = erledigt, ne = *offen, sollte erledigt sein*

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu- stän- dig	Kommentar	Sta- tus
2103/ 1462	Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kinderschutz durch Verkehrssicherheit bei der Schule Rüti	25.08.16 18.05.17 28.06.18 27.06.19	31.05.17	ÖS	Abschreibung abgelehnt	ne
2719	Ortsplanungsrevision: O'mundo	15.12.16 03.05.18 06.05.21 23.06.22	31.12.24	PRA	Raumentwicklungswegweiser 2025+ (siehe auch www.omundo.ch) wurde am 6.5.21 genehmigt. Kreditabrechnung erfolgte am 5.5.22 in GGR: Genehmigung Projektierungskredit "Phase 3"	o
988	Protokoll Nr. 4 der GGR-Sitzung vom 17.9.2020; Genehmigung	17.12.20	31.12.24	PRA	Nur noch ein "Beschlussprotokoll" verfassen. Alle Voten als MP3-Datei aufschalten (rechtliche Anpassungen vornehmen!)	o

**GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN**

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Hans-Rudolf Hausammann

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Thulani Thomann

Markus Truog